

**WWF Graubünden**

Oberalpstr. 2
Postfach 747
7002 Chur

Tel.: + 41 81 250 23 00
Fax: + 41 81 250 23 11
info@wwf-gr.ch
www.wwf.ch
www.panda.org
PC 70-2633-6

**Pro Natura Graubünden**

Berggasse 7
7000 Chur

Tel.: + 41 81 252 40 39
Fax: + 41 81 253 56 44
pronatura-gr@pronatura.ch
www.pronatura.ch
PC 70-32-1

**VCS Graubünden**

Segantinistrasse 19
7000 Chur

Tel.: + 41 81 250 67 22
Fax: + 41 81 250 67 21
info@vcs-gr.ch
www.vcs-gr.ch
PC 70-8452-7

**Stiftung Landschaftsschutz Schweiz**

Hirschengraben 11
3011 Bern

Tel.: + 41 +31 312 20 01
Fax: + 41 +31 312 57 81
info@sl-fp.ch
www.sl-fp.ch
PC 30-5113-0

Medienmitteilung

Chur, 1.12.2005

Graubünden wird zum Holzkanton!

Umweltorganisationen verlangen die Beibehaltung des naturnahen Waldbaus

Mit der Ansiedlung der Grosssägerei Stallinger in Domat/Ems droht dem Bündner Wald eine massive Mehrnutzung. Das Bekenntnis Graubündens zum Holz darf nicht eine Abkehr vom Wald bedeuten. Die Umweltorganisationen Pro Natura, WWF, VCS und Stiftung Landschaftsschutz Schweiz fordern deshalb vom Kanton die Beibehaltung der naturnahen Waldbewirtschaftung und ein Verkehrskonzept zu Gunsten der Bahn.

Die Umweltorganisationen haben in mehreren Gesprächen mit dem Amt für Wald und dem Amt für Wirtschaft und Tourismus mehr Informationen zur Art der Waldbewirtschaftung und dem Logistikkonzept für die Grosssägerei Stallinger verlangt. Das Resultat dieser Gespräche ist ein von Regierungsrat Stefan Engler unterzeichnetes Positionspapier. Stefan Engler äussert in dieser politischen Absichtserklärung den Willen, an der naturnahen Waldbewirtschaftung trotz Grosssägerei festzuhalten. 60% der gesamten Transporte nach und ab Sägerei sollen mit der Bahn erfolgen. Die Auswirkungen der Grosssägerei auf Wald und Verkehr sollen laufend kontrolliert und analysiert werden. Bei diesem Monitoring ist eine Mitwirkung der Umweltorganisationen vorgesehen. Bei den Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen für die Rodung des wertvollen Föhrenwaldes und die Zerstörung der bedeutenden Magerwiese in Domat/Ems sollen die Umweltorganisationen in der Begleitkommission Einsitz nehmen können.

Pro Natura, WWF, VCS und die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) haben diese Absichtserklärung von Regierungsrat Stefan Engler wohlwollend zur Kenntnis genommen. Es ist den Umweltorganisationen jedoch bewusst, dass es noch mehr Engagement und Überzeugungsarbeit braucht, damit die Mehrnutzung des Bündner Waldes keine negativen

Auswirkungen auf Natur, Erholung/Tourismus und Siedlungen hat. Wichtige Instrumente des Waldbaus - wie die forstamtliche Anzeichnungspflicht, Nachhaltigkeitskontrolle auf Stufe Betriebsplan sowie Nachhaltigkeit und Erfolgskontrolle im Schutz- und Nichtschutzwald - sind deshalb unabdingbar. «Wir sind auch in Zukunft auf die vielfältigen Funktionen, die der Wald übernimmt, angewiesen», sagt Christian Geiger von Pro Natura Graubünden. «Der Forstdienst darf deshalb durch die neue Situation nicht geschwächt werden», betont Geiger. «Auch bei einer massiven Erhöhung der Holznutzung muss Graubünden im Eigeninteresse am naturnahen Waldbau festhalten.»

Mit der Revision des nationalen Waldgesetzes kommt der naturnahe Waldbau zusätzlich unter Druck. Dem Schweizer Wald droht eine industrielle Holznutzung, bei der Rentabilität mehr zählt als Rücksicht auf die Natur. «Die Umweltorganisationen werden sich auch bei der anstehenden Revision des kantonalen Waldgesetzes dafür einsetzen, dass dem Gesetz nicht die Zähne zu Gunsten einer einseitig profitorientierten Holznutzung gezogen werden», sagt Anita Mazzetta vom WWF Graubünden. Beim vorgesehenen Verkehrskonzept für die Grosssägerei sind die Umweltorganisationen ebenfalls gefordert. «Die jetzt versprochenen 60% Bahntransporte können noch verbessert werden, da noch viele fragwürdige LkW-Fahrten wie zum Beispiel nach England vorgesehen sind», stellt Stefan Grass vom VCS Graubünden klar.

Für eine Raumplanung, die bei Grossvorhaben eine überkantonale Koordination gewährleistet, fehlt leider der politische Wille in der Schweiz. Es hätte sich so möglicherweise ein weniger konfliktreicher Standort finden lassen, so Raimund Rodewald von der SL. «Es braucht darum dringend eine Strategie, wie der zunehmende Bodenverbrauch zwischen Landquart und Thusis für Grossprojekte wie diese Sägerei, Einkaufszentren, Autobahnraststätten oder den Greenconnector zumindest kompensiert werden kann.»

Die Umweltorganisationen wollen die anstehenden Probleme im Gespräch mit den kantonalen Stellen lösen. Unter solchen Voraussetzungen können die Umweltorganisationen auch von einer Einsprache gegen die Rodungsbewilligung für den Föhrenwald im Domat/Ems Abstand nehmen. Sie werden die Rodungsbewilligung zuerst aber abwarten. Sie appellieren aber auch an die Gemeinden als Waldeigentümer und an die PolitikerInnen, den Wald als Lebens- und Erholungsraum vor lauter Holz nicht zu vergessen.

Weitere Informationen:

Zum Wald: Christian Geiger, Pro Natura Graubünden, 081 252 40 39

Zur Waldgesetzrevision: Anita Mazzetta, WWF Graubünden, 081 250 23 00

Zur Logistik: Stefan Grass, Präsident VCS Graubünden, 081 250 67 22

Zur Raumplanung: Raimund Rodewald, SL, 031 377 00 77